



**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder  
NEUE TEL. NR. 711 71 W  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Präsidium des Nationalrates

Parlamentsgebäude

1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Z1 208-01/89

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Bundesgesetz betr  
die Regelung des Krankenpflege-  
fachdienstes der medizinisch-  
technischen Dienste und der  
Sanitätshilfsdienste geändert  
wird; Stellungnahme,

Schreiben des BKA vom 9. und v.  
25. Jänner 89,  
Z1 61.251/1-VI/13/89 sowie  
Z1 61.251/2-VI/13/89

Betrifft	GESETZENTWURF
Z1	9 GE 9 89
Datum:	3. MRZ. 1989
Verteilt	7.3.89

*Dr. J. J. J.*

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im Gegen-  
stand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausfertigung zu über-  
reichen.

Anlagen

1. März 1989

Der Präsident:

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*backe*



**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder  
NEUE TEL. NR. 711 71 DW  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Bundeskanzleramt

Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Z1 208-01/89

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Bundesgesetz betr  
die Regelung des Krankenpflege-  
fachdienstes der medizinisch-  
technischen Dienste und der  
Sanitätshilfsdienste geändert  
wird; Stellungnahme,  
Schreiben des BKA vom 9. und v.  
25. Jänner 89,  
Z1 61.251/1-VI/13/89 sowie  
Z1 61.251/2-VI/13/89

Der Rechnungshof nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Gemäß § 14 Abs 1 BHG, BGBl Nr 213/1986, ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz oder einer Verordnung von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, aus der insb hervorzu-  
gehen hat, ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vorschriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen wird, wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden und welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden. Da das dortige Bundesministerium keine überprüfbare Kostenberechnung vorlegte, sondern nur allgemein gehaltene Angaben machte, liegt diesbezüglich ein Verstoß gegen die oben angeführte gesetzliche Bestimmung vor.

- 2 -

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des NR ue unterrichtet.

1. März 1989

Der Präsident:

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung  
*Maier*